

Zürcher Stadtpolizei stoppt mobile Plakatwerbung

Eine Firma fährt mit Wahlplakaten auf einem Lieferwagen kreuz und quer durch Zürich. Jetzt hat die Stadtpolizei die Aktion verboten – weil die Verkehrssicherheit gefährdet sei.

Von **Martin Huber**

Seit ein paar Tagen sind in Zürich Lieferwagen mit Anhängern unterwegs, auf denen grosse Wahlplakate befestigt sind. Am Wochenende wurden auf diese Weise etwa die Gesichter der drei SVP-Regierungsratskandidaten spazieren geführt. Am Montag rollten auch Plakate des umstrittenen Vereins gegen Tierfabriken (VgT) durch die Strassen, in denen die grüne Regierungsrätin Verena Diener als «Unmensch» verunglimpft wird, weil sie sich in der Vernehmlassung für die Aufhebung des Schächtverbots ausgesprochen habe (siehe auch Seite 18).

Applaus und Attacken von Passanten

Hinter der für Zürich neuartigen Form von Wahlwerbung steckt die Firma Ch-Media Group aus Glattbrugg. Sie vermietet seit kurzem die Lieferwagen samt Anhänger für solche Plakataktionen. Die SVP bezahlte dafür nach eigenen Angaben pro Tag tausend Franken. «Diese Form von Werbung wird stark beachtet», sagt Peter Steiner von der Ch-Media Group, der selber Plakatmobile durch Zürich gesteuert hat. Allerdings wecken die Fahrzeuge auch Emotionen: «Entweder geht der Daumen hoch oder runter», fasst Steiner die Reaktionen von Passanten zusammen. Und: «Chauffeure leben gefährlich.» Laut Steiner warfen Jugendliche an der Rämistrasse Steine auf die SVP-Plakate, in der Langstrasse sei eine Frau auf den Anhänger geklettert und habe die

Plakate attackiert, und beim Bahnhof Enge sei das Plakatmobil von aufgebracht Passanten vorübergehend blockiert worden. Dafür gabs am Limmatquai mehrmals spontanen Applaus von Gästen von Boulevardcafés.

Doch jetzt hat die Stadtpolizei die mobile Plakatwerbung verboten. «Die Aktion verstösst gegen das Strassenverkehrsgesetz», sagt Martin Rust, der zuständige Jurist in der Abteilung für Verkehr. Die grossen Plakate auf den Anhängern gefährdeten die Verkehrssicherheit. «Die Ablenkungsgefahr ist zu gross.» Bei Werbung auf Fahrzeugen spielt laut Rust deren Grösse eine wichtige Rolle. Ein normaler Schriftzug etwa an einem Lieferwagen sei etwas ganz anderes.

Trotz des Verbots drückt die Stadtpolizei im Fall der Ch-Media Group noch ein Auge zu. Immerhin wurde eine erste vage Anfrage der Firma von der Stadtpolizei noch positiv beantwortet, wie Rust sagt. Bei künftigen Aktionen droht den Verantwortlichen aber eine Verzeigung und eine Busse von rund 500 Franken. Auch die Verwaltungspolizei beurteilt die rollenden Plakatwände als «äusserst problematisch», wie deren Chef Basil Müller sagt. Laut dem Plakatvertrag der Stadt Zürich mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) ist niemand ausser der APG berechtigt, auf öffentlichem Grund zu plakatieren.

«Ein Querschuss der Bürokratie»

Bei Peter Steiner stösst das Verbot der mobilen Plakatwerbung auf Unverständnis: «Ein Witz, ein völlig willkürlicher Querschuss gegen ein junges Unternehmen mit einer guten Idee.» Seine Firma will mit den Plakatmobilen weitermachen und das Verbot auf juristischem Weg be-

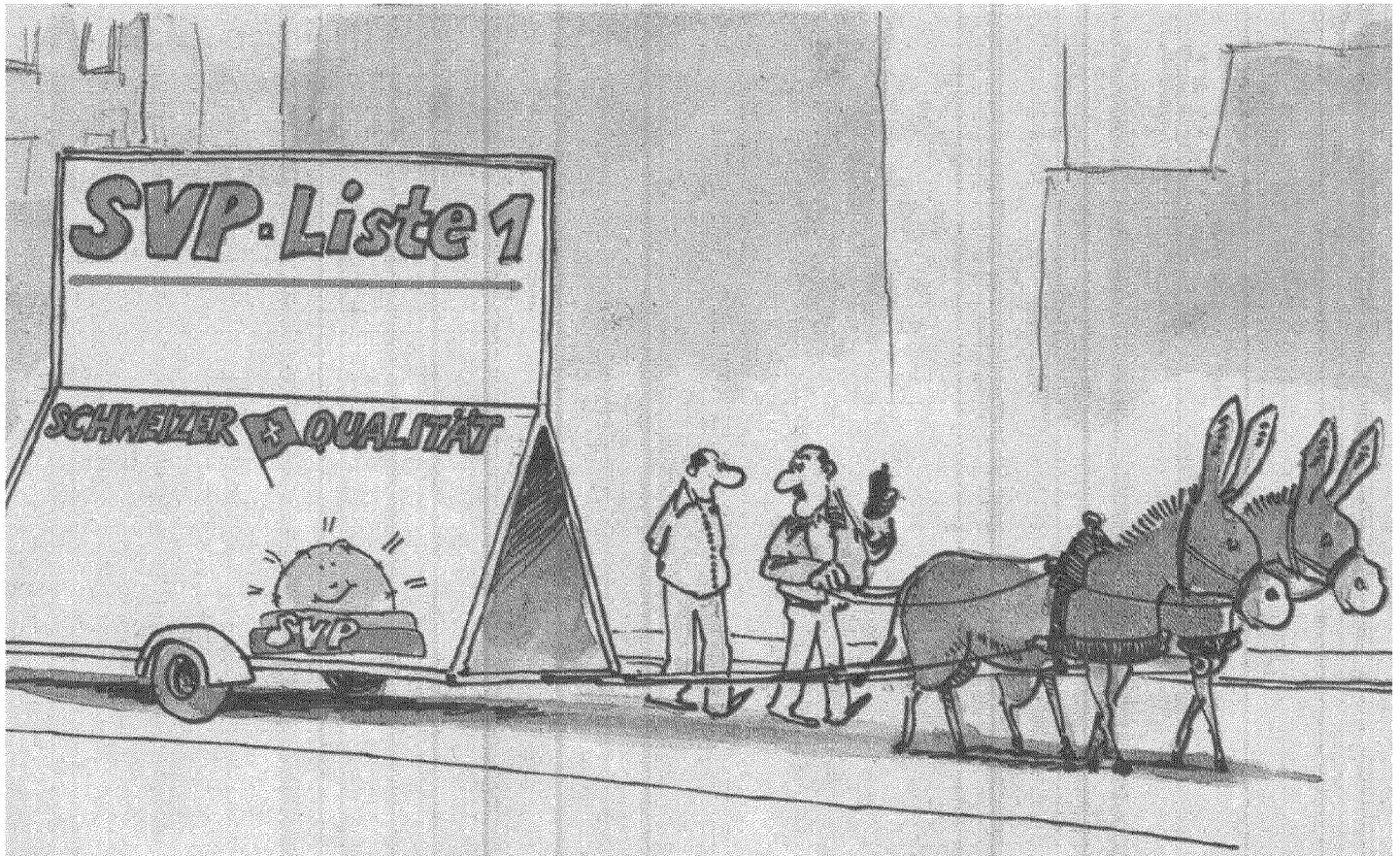
kämpfen. Auch SVP-Sekretär Claudio Zanetti kritisiert das Verbot als «lächerlich und kleinlich». Die Bürokratie werde zur Gefahr für die Demokratie. Unverständlich sei das Verbot auch mit Blick auf Länder wie Italien und Spanien, wo solche Aktionen erlaubt seien – «sogar mit Megafon». Für Zanetti war das Plakatmobil auch eine willkommene Alternative zu normalen Plakaten, die immer wieder zerstört würden.

Für SP und FDP dagegen kommt ein Herumkurven von Autos mit Wahlplakaten nicht in Frage. «Eine unnötige Lärm- und Luftbelastung», sagt SP-Präsident Dominik Schaub. «Eine seltsame Idee», meint auch FDP-Präsident Markus Hess. Die Luft werde zusätzlich belastet, und es gebe Mehrverkehr. Womöglich würden gar Kreuzungen blockiert, und Autofahrer blieben im Stau stecken. «Aber das Blockieren passt irgendwie zum Programm der SVP», meint Hess.

Diener: Keine rechtlichen Schritte

Keine rechtlichen Folgen haben die rüden Plakate von Erwin Kesslers VgT. Verena Diener wird keine rechtlichen Schritte einleiten, sagte ihre Sprecherin Marianne Delfosse am Montag. «Sie will sich nicht auf dieser Ebene mit Herrn Kessler einlassen.» Für Martin Bäumle, den Präsidenten der Grünen, sind die Plakate eine «inakzeptable Verunglimpfung». Peter Steiner von Ch-Media Group, der mit den Anti-Diener-Plakaten auf Tour ging, hält sie für einen Grenzfall, aber noch verantwortlich. Als junge Firma sei man eben dringend auf Aufträge angewiesen.

**Die SVP zahlte
tausend Franken pro
Tag für die neuartige
Wahlwerbung.**



« Komisch! Diesmal ist es die SVP selber, die uns zurückpfeift! »